

## 2.2 Mitgliederversammlungen

Zu den Mitgliederversammlungen, dem obersten Entscheidungsorgan der agah, können die Ausländerbeiräte je nach Einwohnerzahl ihrer Kommune zwischen einem und drei Delegierten entsenden.

In den Jahren 2006 bis 2009 fanden insgesamt 16 ordentliche Plenarsitzungen der agah statt. Zusätzlich wurden die Delegierten oder die Vorsitzenden zu jeweils einer Sondersitzung eingeladen.

Nach § 6 Absatz 7 der agah-Satzung obliegt die Einberufung dem Vorstand. Die Einladungen wurden 2006 - 2009 immer fristgemäß versandt.

Themenschwerpunkte der Versammlungen waren neben den Berichten des Vorstandes, der Ausländerbeiräte, der Arbeitsgruppen/Kommissionen:

### Plenarsitzungen 2006 - 2009

04.02.2006	Hanau (Vorsitzendentreffen)
04.03.2006	Marburg
19.05.2006	Wiesbaden (Sondersitzung)
03.06.2006	Hessisch-Lichtenau
07.10.2006	Gießen
25.11.2006	Hanau
03.03.2007	Rüsselsheim
09.06.2007	Butzbach
08.09.2007	Kassel
24.11.2007	Frankfurt am Main
01.03.2008	Mühlheim am Main
14.06.2008	Homburg/Etze
30.08.2008	Wiesbaden
15.11.2008	Darmstadt
28.02.2009	Babenhäusen
06.06.2009	Langenselbold
26.09.2009	Bad Hersfeld
28.11.2009	Linden

- Ausländerbeiratswahlen 2005 - Ergebnisse und Analysen
- Leitfaden für Einbürgerungswillige
- Das neue Gleichbehandlungsgesetz - Eine Chance gegen Diskriminierung in Hessen?
- Studiengebühren
- Muttersprachlicher Unterricht
- Verbesserung der Rechte der hessischen Ausländerbeiräte
- Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte
- Bleiberechtsregelung für Geduldete und ihre Umsetzung in Hessen
- Kommunales Wahlrecht
- Rechtsradikalismus und Rassismus in Hessen
- Integrationspolitik in Hessen
- Migrationssozialarbeit in Hessen

## Mitgliederversammlungen

---

- Landtagswahl 2008 und 2009
- Zuwanderungs- und Integrationspolitik der EU
- Europawahl 2009
- Europäische Flüchtlingspolitik
- Medien und Migration
- Bildungspolitik
- Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen
- Modellregionen Integration
- Enquete-Kommission „Migration und Integration“ des Hessischen Landtags

Zahlreiche Einzelanträge ergänzten die Schwerpunkte der Sitzungen. Themen waren u.a. Anträge zu

- der Einführung eines Einbürgerungsfragebogens in Hessen
- der Doppelten Staatsbürgerschaft
- zuwanderungsrechtlichen Regelungen
- einer Clearingstelle für aufenthaltsrechtliche Fragen
- den Bestimmungen für die Antragsberechtigung bei einer Verfassungsbeschwerde
- der Einführung von Studiengebühren in Hessen
- Lehramtsstellen
- der Orientbibliothek in Frankfurt
- der Ausgestaltung der Bildungsgänge und Schulreform
- Muttersprachlichem Unterricht
- dem Erhalt und der Weiterentwicklung des griechisch-deutschen bilingualen Unterrichts
- Deutsch als Zweitsprache
- der Entwicklung eines schulspezifischen Integrationskonzepts
- der Zuweisung von Kindern in Sonderschulen
- der Einführung von dezentralen Förderschulen in Hessen
- Förderung von Schüler/innen in Regelschulen
- Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus
- gewaltpräventiven Maßnahmen im Schulunterricht
- Jugendkriminalität
- ausländischen Gewerbetreibenden
- Seniorenbeiräten
- Führerscheinprüfungen
- einem Abschiebestopp für Menschen mit langjähriger Duldung

- der Abschiebep Praxis in Hessen
- Denkmalschutz für ehemalige Gastarbeiterunterkünfte
- der Novellierung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes
- der Einrichtung einer Stelle eines Integrationsbeauftragten beim Hessischen Rundfunk
- der Forderung nach Ausstrahlung eines „Wortes am Freitag“ beim Hessischen Rundfunk
- der Einrichtung einer Hessischen Islamkonferenz
- Veranstaltungen aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Anwerbeabkommen
- dem Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige
- der Rechtsstellung der Ausländerbeiräte in Hessen
- Rechtsextremismus

Ein umfangreiches Positionspapier zur Landtagswahl 2008 wurde im Berichtszeitraum erarbeitet, im Plenum diskutiert und verabschiedet sowie in den folgenden Sitzungen ständig erweitert.

Zu den Ergebnissen der inhaltlichen Diskussionen und dem Aktionsprogramm 2008 - 2013 bzw. 2009 - 2014 siehe Kapitel 3.

Zudem wurde die Satzung der agah hinsichtlich des Bewerbungsverfahrens für die Vorstandswahl, die Amtsdauer des Vorstandes, das Verfahren bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds aus einem kommunalen Beirat und der Mitgliedschaft geändert.

Zahlreiche Gäste und Referenten berichteten über die unterschiedlichsten Projekte und Initiativen.

So wurde den Delegierten im Jahr 2007 das „Netzwerk gegen Gewalt“ in Hessen, eine Initiative der Hessischen Staatskanzlei, des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, des Hessischen Kultusministeriums, des Hessischen Sozialministeriums, des Hessischen Justizministeriums und des Landespräventionsrates durch Kriminalrätin Antje van der Heide, Referentin in der Abteilung Landespolizeipräsidium/LPP 1, vorgestellt.

2008 lag ein Schwerpunkt in der Diskussion der Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte in anderen Bundesländern. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen

## Mitgliederversammlungen

---

Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW), Tayfun Kelttek, sowie der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), Miguel Vicente, berichteten über Entwicklungen in ihren Bundesländern.

Wilfried Rexroth, Hessisches Landeskriminalamt, Leiter der Landeskordinierungsstelle „Beratungsnetzwerk Mobile Intervention gegen Rechtstextremismus“ und Leiter der Geschäftsstelle IKARUS - Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfe Rechtstextremismus - diskutierte mit den Delegierten zu zivilgesellschaftlichen Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

2009 wurde zudem ein medienpolitischer Akzent gesetzt. Dr. Gualtiero Zambonini, Beauftragter für Integration und kulturelle Vielfalt des WDR, referierte zu „Medien und Migration - Diversity als Chance zu mehr Integration“. Auch stand die gemeinsame Kampagne zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige mehrfach im Focus. U.a. war Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rats Deutschland, zu Gast und erläuterte das Konzept und den Verlauf der Kampagne.

Mitglieder einzelner kommunaler Beiräte übernahmen mehrfach Fachbeiträge in den Sitzungen, so eine Vertreterin des Ausländerbeirates Marburg zur Europäischen Flüchtlingspolitik und die Vorsitzende des Kreisausländerbeirates Gießen zu Bildungsfragen.

Der zuständige Referatsleiter im Hessischen Innenministerium informierte die Delegierten über die Bleiberechtsregelung für Geduldete und ihre Umsetzung in Hessen. Ein renommierter Fachanwalt für Arbeitsrecht berichtete aus der Praxis über die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und die Probleme und Chancen seiner Anwendung.

Regelmäßig besuchten nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Kommunalpolitik die Delegiertenversammlungen der agah. Fast bei jeder Sitzung konnten Mitglieder aller Fraktionen des Hessischen Landtages als Gäste begrüßt werden.

Darüber hinaus fanden regelmäßige Diskussionsrunden mit Vertreter/innen des Hessischen Landtages und Mitgliedern der Hessischen

Landesregierung zu einem breiten integrationspolitischen Themenspektrum statt:

Am 3. Juni 2006 diskutierten MdL Roger Lenhart (CDU), MdL Sabine Waschke (SPD), MdL Jürgen Frömmrich (B90/Die Grünen), MdL Florian Rentsch (FDP) über das neue Gleichbehandlungsgesetz und die Frage, ob dies ein wirkungsvolles Instrument gegen Diskriminierung in Hessen sein kann.

Am 25. November 2006 fand das Jahresgespräch der Delegierten mit dem Hessischen Ministerpräsidenten in Hanau statt.

Der Ministerpräsident würdigte dabei positiv die Arbeit der Ausländerbeiräte und die der agah. Die Landesregierung baue darauf, den kontinuierlichen Dialog und die Findung gemeinsamer Positionen auch in Zukunft fortzusetzen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Ausländerbeiratswahlen bereite allerdings Sorgen. Hier müsse es Anstrengungen geben, die Teilnehmer/innenzahl zu erhöhen. Diese Aufgabe werde nicht zur Seite gelegt werden können. Integration sei zum großen Teil eine kommunale Aufgabe. Das Projekt „Kommune und Land - Hand in Hand für eine gelungene Integration“ setze hier an. Es müsse gelingen, gemeinsame Aktivitäten zu entfalten. Das Programm „Erfahrung hat Zukunft“ richte sich an Arbeitssuchende Mitte 50. Es werde als Hoffnung gesehen, ein spezielles Angebot für Arbeitssuchende Mitte 50 zu machen. Für Migrant/innen dieser Altersgruppe sei interessant, dass auf der Basis ihrer Lebenserfahrung auch Integrationsberater ausgebildet werden sollen. Im Bereich der Ausbildung müsse schwächeren Kandidat/innen während einer Übergangszeit geholfen werden, den Übergang in die Arbeitswelt zu finden. In dieser Übergangszeit müsse intensive Betreuung erfolgen. Es sei zwar ein Anstieg der Ausbildungsplätze zu verzeichnen, aber dennoch hätten Jugendliche mit Migrationshintergrund in Vergleichsgruppen Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu finden. Es werde daher bei ausländischen Unternehmen und bei klein- und mittelständischen Unternehmen verstärkt darum geworben, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. In den nächsten Jahren würde das Problem der Anzahl der Ausbildungsstellen wohl geringer. Dafür würden die Qualitätsanforderungen steigen.

In Hessen werde als erstes Bundesland Deutschunterricht als Kurs

vor der Einschulung für später zuziehende Schüler/innen umgesetzt. Hiervon würden erhebliche Verbesserungen und Veränderungen erwartet. Sprachdefizite führten oft zu nicht wieder einzuholenden Schul- und Berufsnachteilen. Mit der Verbesserung der Ausbildung von Erzieher/innen sei vor einiger Zeit begonnen worden. Hinsichtlich der Sprache werde regelmäßig gewünscht, dass die Sprache, die gesprochen wird, deutsch ist. Wie Erzieher/innen dies im Einzelnen umsetzen, sei Entscheidung der jeweiligen Kommune. In der Normalität des Kindergartens solle die Lebenserfahrungssprache deutsch sein, denn auf Dauer sollten die Vorlaufkurse in Deutsch vor der Einschulung überflüssig werden.

Für das Angebot islamischen Religionsunterrichts müsse eine Lösung gefunden werden. Bei der Schaffung der Verfassung sei aber nicht berücksichtigt worden, eine nicht organisierte Religionsgemeinschaft als Partner zu haben, denn damals habe kein Bedarf bestanden, auf eine solche Konstellation einzugehen. Module mit Inhalten zum Islam würden im Rahmen des Ethikunterrichts an Schulen erprobt. Dies könne jedoch keine abschließende Lösung darstellen, sondern nur einen Zwischenschritt. Der jetzige Zustand sei nicht zufrieden stellend.

Hinsichtlich der von der Innenministerkonferenz beschlossenen Altfallregelung würden alle Landesregierungen darauf achten, dass allein aus einem langen Aufenthalt kein Bleiberecht entstehe. Bei einer Altfallregelung dürfe nicht der Eindruck vermittelt werden, nach einem möglichst langen Aufenthalt dürfe man letztendlich auch bleiben. Es müsse auch an die Frage angeknüpft werden, ob der deutsche Arbeitsmarkt ein Leben ohne staatliche Unterstützung ermögliche. Die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung ohne Bedarfsprüfung stelle eine erhebliche Änderung der Situation dar. Die Situation sollte den Betroffenen erklärt und diese dazu ermuntert werden, das Erreichte wahrzunehmen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurden gegenüber dem Ministerpräsidenten vor allem folgende Themen angesprochen: Illegale und Bleiberechtsregelung, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die Ausbildung islamischer Religionslehrer, Deutschpflicht in Kindergärten, bilinguale Erziehung, Kommunalwahlrecht, Ladenschlussgesetz, staatliche Neutralität und Religion sowie islamischer

### Religionsunterricht.

Ministerpräsident Roland Koch führte aus, dass die Anwendung der Bleiberechtsregelung auf illegal aufhältige Personen nicht beabsichtigt sei. Hinsichtlich des Zugangs von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Ausbildungsplätzen und die erforderliche Vorrangprüfung werde dieses Problem gesehen und eine Kompensation durch spezielle Programme versucht. Bei dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gebe es Dinge, die für alle gälten. Bei Einstellungen werde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zukünftig besonders wichtig sein. Die Ausbildung islamischer Religionslehrer könnte als Normalität angesehen werden. Mit der katholischen und evangelischen Kirche bestünden allerdings Rahmenverträge hinsichtlich der Ausbildung von Religionslehrern, eine entsprechende Konstruktion sei wegen der Organisation der islamischen Gruppen noch nicht möglich gewesen. Es gebe Gespräche mit vielen islamischen Gruppen. Eine deutsche Fahne und ein Bild des deutschen Bundespräsidenten in Kindergärten aufzuhängen sei eine normale Sache und nicht schädlich. Es gebe keine Anordnung, dass dies überall so sein müsse, aber wo dies so gehandhabt werde, sei es unproblematisch. Hinsichtlich der Deutschpflicht in Kindergärten solle diese große Chance zum spielerischen Erlernen der deutschen Sprache wahrgenommen werden. Die deutschen Vorlaufkurse vor der Einschulung sollten nicht zum Prinzip werden. Niemand solle insoweit nachholen müssen. Die Sprachqualifizierung in Schulen und Kindergärten sei nicht völlig zu trennen. Dort, wo es integrierte Schulsysteme gebe, seien keine Vorteile für diejenigen, die aus benachteiligten Schichten stammen, erkennbar.

Kinder wüchsen in Familien oftmals gerade nicht bilingual auf, sondern monolingual in der Herkunftssprache und verfügten dann bei der Einschulung nicht über genügend Deutschkenntnisse. Schulen seien nicht dazu in der Lage, vernünftig bilingual auszubilden. In den Kindergärten müssten Kinder, die nicht genug deutsch sprechen, an das Ziel herangeführt werden, mehr deutsch zu sprechen. Die Kindergärten trügen in diesem Bereich eine hohe Verantwortung. Hinsichtlich einer Änderung des Kommunalwahlrechts lasse sich keine baldige Änderung erwarten. Zudem müssten nach einer Änderung Sonderinstitutionen anders bewertet werden. Deutschland sei bisher das einzige europäische Land mit Beschränkungen beim Ladenschluss gewesen. Dieser Sonderweg werde jetzt beendet. Die Religionsausübung

sei jederzeit möglich, sofern allgemein gültige Gesetze nicht verletzt würden. Beim Islam bestünden verschiedene Ausprägungen. Dies stelle eine besondere Herausforderung an die staatliche Neutralität dar, denn diese müsse auch innerhalb der islamischen Glaubensrichtung gelten. Die Einführung islamischen Religionsunterrichts sei noch nicht befriedigend gelöst. In der Zukunft wichtige Fragen seien die Bedürfnisse älterer Migrant/innen und die Integration von Religionsgemeinschaften in das tägliche Leben.

Auf der Sitzung in Butzbach, der Hessentagsstadt des Jahres 2007, war der Hessische Innenminister Volker Bouffier zu Gast. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage, ob Rechtsradikalismus und Rassismus in Hessen eine Gefahr für den Inneren Frieden oder eher ein zu vernachlässigendes Problem darstellten.

Minister Bouffier informierte die Delegierten ausführlich über die Erkenntnisse des Landes zu Rechtsextremismus und der Entwicklung in jüngerer Zeit und die vielfältigen Ansätze der Landesregierung, rechtsextremistischen Entwicklungen durch gezielte Prävention zu begegnen. Dabei sei auch der Opferschutz eine zentrale Aufgabe. Es gebe kein Patentrezept, damit extremistisches Gedankengut nicht in der Mitte der Gesellschaft ankomme. Auf jeden Fall sei aber eine offene Diskussion nötig und Aufklärung in den Schulen. Die Vermietung von Bürgerhäusern führe in den allermeisten Fällen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Hessische Polizei sei bestens ausgebildet, da in der Fachhochschule und der Hessischen Polizeischule auch Themenbereiche, die sich mit Migrant/innen beschäftigen, einbezogen seien. Der Anteil der Migrant/innen werde zukünftig weiter steigen, der Anteil der angestammten Bevölkerung hingegen zurückgehen. Gleichzeitig finde ein Wandel der Bevölkerung in sich statt, da die Gruppe der Älteren stetig zunehme. Deshalb sei es wichtig, Brücken zu bauen. Über die Teilnahme am freiwilligen Polizeidienst seien Einstieg und Teilnahme an der Gesellschaft möglich, gleichzeitig würden Verbindungen zu Ethnien geschaffen.

Die Hessische Sozialministerin, Silke Lautenschläger, besuchte die Plenarsitzungen der agah im Berichtszeitraum mehrfach. So am 08.09.2007 in Kassel zu den Themenschwerpunkten „Integration



braucht Vernetzung“ und zur Entwicklung der Migrationssozialarbeit in Hessen.

Ministerin Lautenschläger betonte hierbei, dass der Integrationspolitik in Hessen und auf Bundesebene ein hoher Stellenwert beigemessen werde. Mit dem jüngst beschlossenen nationalen Integrationsplan werde dies anschaulich dokumentiert. Aus ihm erwachse auch für das Bundesland Hessen zahlreiche Verpflichtungen. Diese vor Ort einlösen und umsetzen zu können, setze eine intensive Vernetzung mit den Kommunen voraus. Das Projekt „Land und Kommune: Hand in Hand für eine gelungene Integration“ sei wegweisend und würde zukünftig noch ausgebaut. Gleiches gelte für den Integrations-schwerpunkt „Sprache“. Als weiteres positives Beispiel für die integrationspolitischen Bemühungen habe sich das so genannte „Lotsenprojekt“ bewährt. So seien zum Beispiel zahlreiche Gesundheitslotsen kompetente Ansprechpartner in Sachen Gesundheitssystem, Vorsorge, Krebsprävention etc. und leisteten entsprechende Aufklärungsarbeit gegenüber Rat suchenden Migrantinnen und Migranten. Frau Lautenschläger zeigte sich außerdem darüber erfreut, dass es nunmehr - in Kooperation mit DITIB - gelungen sei, ein Fortbildungsprogramm für Imame zu realisieren. Vor größeren Herausforderungen stünde man jedoch beim migrantengerechten Umbau des bestehenden Altenhilfesystems. Zwar seien erste Ansätze im Bereich der kultursensiblen Altenpflege positiv zu bewerten, doch würden diese nicht ausreichen, um den langfristigen, aber schon jetzt erkennbaren Bedarf abzudecken.

Auf der gleichen Versammlung diskutierte die Ministerin sodann mit Dr. Wolfgang Gern, dem Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau, und Caritasdirektor Bernhard Brantzen über die Migrationssozialarbeit in Hessen. Beide sprachen sich für eine Weiterführung der professionellen Migrationsberatung aus und kritisierten, dass das Land Hessen zunehmend auf Ehrenamtlichkeit statt Professionalität setze.

Am 24.11.2007 nahm Ministerin Lautenschläger erneut als Vertreterin der CDU an einer integrationspolitischen Diskussion zur Landtagswahl in Frankfurt am Main teil. Für die SPD diskutierten MdL Gernot Grumbach, Vorsitzender der SPD Hessen-Süd, für Bündnis 90/Die Grünen

deren innenpolitischer Sprecher Jürgen Frömmrich und für die FDP der Landes- und Fraktionsvorsitzende MdL Jörg-Uwe Hahn. Einigkeit herrschte bei allen Diskutanten darüber, dass Integrationspolitik einen wichtigen Schwerpunkt der Landespolitik bilden müsse. Gerade der Bildungsbereich bedürfe in Zukunft noch mehr Augenmerk. Deutliche Differenzen hingegen zeigte die Diskussion in Bezug auf die Einführung gleicher politischer Partizipationsrechte.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, MdL Volker Hoff, nahm an der Plenarsitzung am 01.03.2008 in Mülheim am Main teil.

Gast der Sitzung am 30.08.2008 war Staatssekretär Gerd Krämer, der den Delegierten die Ausrichtung der Hessischen Integrationspolitik sowie die geplanten Maßnahmen der nächsten Zeit erläuterte. Dieser Sitzung schloss sich ein Empfang zum 25. Bestehen der agah an, sodass bereits auf der Mitgliederversammlung zahlreiche Vertreter/innen aller Landtagsfraktionen sowie die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, MdB Heidemarie Wiecek-Zeul, zugegen waren. Alle Redner/innen gratulierten der agah zum Jubiläum und würdigten die Arbeit der letzten 25 Jahre. Staatssekretär Krämer betonte, dass die agah zur geschätzten Gesprächspartnerin der Landesregierung geworden sei und hob die besondere Verantwortung der kommunalen Integrationsarbeit hervor. Integration, ihr Erfolg oder Misserfolg, entscheide sich hier. Frühkindliche Bildung, der Abbau von Sprachdefiziten und Programme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, werden weiterhin Schwerpunkte der Integrationspolitik der Landesregierung darstellen.

Bereits vier Wochen nach der Landtagswahl nahm der frischgewählte erste Integrationsminister des Landes Hessen, der Hessische Minister der Justiz, für Integration und Europaangelegenheiten, Jörg-Uwe Hahn, und sein Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit an der Mitgliederversammlung am 28. Februar 2009 in Babenhausen teil. Nach einer Podiumsdiskussion zur Europawahl 2009, an der entweder Kandidaten für das Europaparlament (MdEP Michael Gahler, CDU, und Hidir Karademir, SPD) oder Parteienvertreter (Lasse Becker, FDP, und MdL

Jürgen Frömmrich, Bündnis90/Die Grünen) europapolitische Fragen wie Kommunalwahlrecht, Demokratiedefizite in den Europäischen Institutionen, EU-Erweiterung, EU-Verträge oder das Dublin Abkommen diskutierten, stellte Staatsminister Hahn die integrationspolitischen Vorhaben für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 vor.

Hahn betonte, dass das Thema „Integration“ das Zukunftsthema in der Mitte der Gesellschaft sei. Daher sei es auch richtig, dem Stellenwert des Themas entsprechend in der Hessischen Landesregierung das Amt eines Integrationsministers zu installieren. Zum anderen würden viele der Vorhaben weit über das Jahr 2014 hinausreichen.

Die Ansätze der Integrationspolitik der Jahre 1999 bis 2009 mit den Schwerpunkten „Frühe Sprachförderung“, „Integrationsbeiräte“, „Integration als wechselseitiger Prozess“, „Integration als Querschnittsaufgabe“, „Integration in der Kommune“ seien richtig gewesen, dennoch könnten die gesellschaftspolitischen Problemlagen noch nicht als gelöst bezeichnet werden. Zentrale Probleme lägen vor allem in den Bereichen Bildung, Wertegemeinschaft und Arbeitsmarkt, wo bei Bewährtem angesetzt, aber auch deutlich erkennbare neue Akzente gesetzt werden sollen. Dazu möchte er aus dem federführenden Ressort heraus innovative Modelle anstoßen und die Zuständigkeiten bündeln. Dazu gehört die Einführung von „Modellregionen Integration“, ein intensiverer Dialog mit den gesellschaftlichen Akteuren oder neue Anstöße für Sprachfördermaßnahmen im Kindergarten. Und ein Integrationsmonitoring für alle Landesmaßnahmen. Staatsminister Hahn maß dabei den Ganztagschulen und einem kostenfreien Kindergarten besondere Bedeutung bei. Wichtig sei auch, Beschäftigungsangebote zu entwickeln, damit vor allem Kindern und Jugendlichen eine positive Zielorientierung gegeben werden kann.

Weiterer Schwerpunkt werde die Förderung eines integrationsorientierten Wohnumfelds sein. Auch solle das bürgerschaftliche Engagement durch den Ausbau des hessischen Integrationslotsennetzwerks und die Stärkung der Migrantenselbsthilfeorganisationen gefördert werden. Insgesamt ginge es aber auch darum, die verschiedenen Kulturen als Bereicherung für unsere Gesellschaft im Bewusstsein zu verankern. Noch stärker als bisher solle für eine interkulturelle Öffnung von Behörden und sozialen Einrichtungen gesorgt werden. Und es gelte, die Vorbildfunktion der vielen erfolgreichen Migrantinnen

und Migranten zu stärken. Nicht zuletzt wolle das Land eine Partnerschaft mit einer türkischen Region eingehen.

Kultusministerin Dorothea Henzler besuchte die Mitgliederversammlung am 26. September 2009 in Bad Hersfeld. Sie erläuterte den Delegierten die wichtigsten Grundzüge ihrer Schulpolitik der nächsten Jahre und betonte, möglichst umgehend eine Lösung für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus hinsichtlich ihrer Beschulung zu finden (vgl. dazu Kapitel 3).

Auch die letzte Mitgliederversammlung des Jahres 2009 hatte erneut sowohl Vertreter/innen der Landesregierung als auch des Hessischen Landtags zu Gast.

Der für Integration zuständige Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit erläuterte den Delegierten die „Modellregionen Integration“ als einen neuen Ansatz hessischer Integrationspolitik und diskutierte mit ihnen darüber. MdL Holger Bellino, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, MdL Gerhard Merz, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, MdL Hans-Christian Mick, Sprecher für Integrationspolitik der FDP-Fraktion, MdL Mürvet Öztürk, Sprecherin für Innenpolitik, Kommunales, Integration, Datenschutz und Petitionen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, und MdL Hermann Schaus, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, diskutierten über Ziele, Planungen und Erwartungen an die neu eingerichtete Enquete-Kommission des Hessischen Landtags „Migration und Integration in Hessen.“ Auch an dieser Stelle wird auf die Ausführungen in Kapitel 3 verwiesen.

Nicht zuletzt wurde im Rahmen von regelmäßigen Pressegesprächen im Anschluss an die Sitzungen über die Ergebnisse der Beratungen auch die Öffentlichkeit informiert (vgl. dazu Kapitel 5.1).